

Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete.

Wien, 11. August.

Unter dem Voritze des Oberbaurates Ferdinand Fellner fand heute abend im Festsaale des Industriegebäudes eine Versammlung von Vertretern der an dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete interessierten Berufsvereine statt, zu welcher auch Vertreter sämtlicher Ministerien erschienen waren.

In den ersten Bänken bemerkte man Sektionschef Simionelli und Sektionsrat Kreischmer vom Ministerium des Innern, Sektionschef v. Schauer vom Justizministerium, Oberst Egger vom Kriegsministerium, Hofrat Ritter v. Förster-Streffleur vom Unterrichtsministerium, Oberfinanzrat Dr. v. Bärnklaus vom Finanzministerium, Hofrat Böck vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, die Ministerialsekretäre Dr. Baron Merzi vom Eisenbahnministerium, Dr. Sachsel vom Ackerbauministerium und Dr. Sirowatka vom Handelsministerium, dann den Leiter des Gewerbeförderungsamtes Hofrat Vetter, den Präsidenten des Technologischen Versuchsamtes Oberbaurat Hanisch, Hofrat Marešch, die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Doktor Freißler, Friedmann, Jedek und Dr. Waber, den Stellvertreter des Magistratsdirektors Obermagistratsrat Pawelka, Maler Ranzoni u. a. Vertreten waren der Bund Oesterreichischer Industrieller, der Zentralverband der Industriellen, Industriellenklub, Handels- und Gewerbekammer, Ingenieur- und Architektenverein, Niederösterreichischer Gewerbeverein, niederösterreichische Ingenieurkammer, Zentralverband der österreichischen Kaufleute, Verein der österreichischen Zivilgeometer, Delegation der Baumeister Oesterreichs, Oesterreichischer Betonbauverein, Wiener Baugesellschaft, Allgemeine Oesterreichische Baugesellschaft, Aktiengesellschaft für Bauunternehmen, Zentralverband der Baugewerbetreibenden Niederösterreichs, Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke, Zentralstelle für Wohnungsreform, Heimatschutzverband.

Nachdem Oberbaurat Fellner die Versammlung begrüßt hatte, erstattete Oberbaurat Professor Theodor Bach das Referat. Er besprach die in Galizien und in der Bukowina verursachten Schäden und berechnete den Aufwand für die Wiederherstellung sämtlicher zerstörten und beschädigten Baulichkeiten mit anderthalb bis zwei Milliarden. Die Schadenerhebungen müßten so vorgenommen werden, daß sie den berechtigten Anforderungen der Beschädigten und der Leistungsfähigkeit des Reiches entsprechen. Bei Wiederherstellung der Baulichkeiten müssen die Anforderungen der Hygiene und auch des künstlerischen Motivs berücksichtigt werden. Redner bezeichnete es als eine sehr wichtige Aufgabe, zu verhindern, daß nach dem Kriege eine allgemeine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung eintrete, weil die Zahl der auf ein festes Einkommen angewiesenen Personen nach dem Kriege durch die als Rentner auftretenden Invaliden wesentlich vermehrt sein werde und bei einer allgemeinen Teuerung Erscheinungen auftreten müßten, welche die Segnungen eines Friedens zunichte machen würden. Der Vortragende stellte hernach folgende Forderungen auf: Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit zur Hebung des Heimatsgefühles der Bevölkerung, namentlich des Bauernstandes; Schaffung einer Stelle, welche die Bevölkerung in allen technischen und finanziellen Baufragen zu beraten hätte; Anlegung von Stadterweiterungs- und Besiedlungsplänen; Revision der bestehenden Bauordnungen; Gründung von Baustoffeinkaufsgesellschaften auf gemeinnütziger Grundlage; Errichtung einer Kreditstelle mit Zweigstellen nach dem Muster des Wohnungsfürsorgefonds; Schaffung einer Geländeübernahmestelle behufs Einflußnahme auf die Bodenbewertung; Förderung der Baugesellschaften und -genossenschaften zwecks Einflußnahme auf den Bodenpreis. Der Redner betonte zum Schlusse seiner Ausführungen unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden, daß in der wichtigen Frage der Wiedererhebung der zerstörten Gebiete die Mitwirkung der Faktoren des Wirtschaftslebens und der Vertreter der Bevölkerung des ganzen Reiches von der Regierung in Anspruch genommen werden.

Als Referent des Niederösterreichischen Gewerbevereines berichtete Architekt Goldberger über die von diesem Vereine bereits unternommenen Schritte und eine Eingabe an die Regierung, die denselben Gedankengang habe wie die Ausführungen des Vorredners. Er erörterte die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Baugewerbes, besprach die veralteten Bauordnungen Galiziens und verlangte deren Modernisierung.

Der Vorsitzende teilte mit, daß eine Eingabe an die Regierung vorbereitet werde, in der die von den beiden Referenten dargelegten Auffassungen niedergelegt und die Mitwirkung der beteiligten Faktoren schon bei den Vorarbeiten verlangt werden. Er schlug eine in diesem Sinne gehaltene Resolution vor, durch welche der Ausschuss ermächtigt werde, die nötigen Schritte zu tun.

Der Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform Hofrat Dr. Marešch sagte, die Zentralstelle sei der Ansicht, daß der Wiederaufbau nicht eine reine Landesangelegenheit, sondern Reichsaufgabe ist, und daß die Ziele der Wohnungsreform nur dann erreicht werden können, wenn bei der Vorbereitung und Durchführung des Wiederaufbaues zerstörter Gebiete die Kräfte des ganzen Reiches zusammengefaßt und organisiert werden.

Präsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller Vetter verlangt, daß die Industrie des ganzen Reiches bei den zu leistenden Arbeiten herangezogen und beschäftigt werde. Wenn in diesen Zeiten von der Gemeinsamkeit der Interessen gesprochen wird, so dürfe sich diese nicht bloß auf die dadurch erwachsenden Kosten erstrecken, sondern müsse auch die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen anerkennen.

Oberbaurat Engelman beantragt, daß bei den Arbeiten, die durch die heute besprochenen Aktionen zur Beseitigung gelangen werden, die Erwerbstheile der einzelnen Kronländer in dem Ausmaße der Steuerleistungen dieser Länder beschäftigt werden.

Abgeordneter Friedmann erörterte die Haltung Ungarns zu der gegenständlichen Frage und verlangte, daß die österreichische Regierung sich auf den Standpunkt stelle, daß es in dieser Angelegenheit keine zwei Reichshälften, sondern nur ein gemeinsames Reich gebe, wie es auch in der Rekruteneinstellung, in der Witwen- und Waisenfrage und in der Invalidenversorgung der Fall sei.

Als Vertreter der galizischen Industriellen wies kaiserlicher Rat W. F. Schmidt darauf hin, daß die Errichtung von hygienisch einwandfreien Arbeiterwohnhäusern in Galizien durch die bestehenden Landessteuergesetze sehr erschwert sei.

Nach einem kurzen Resümee des Vorsitzenden wurde die von den Veranstaltern der Versammlung angeregte Resolution im Prinzip mit einem den Anregungen des Oberbaurates Engelman entsprechenden Zusätze angenommen. Oberbaurat Fellner betonte in seiner Schlussrede, daß das Komitee bestrebt sein werde, die Wünsche der Versammlung bei der Regierung durchzusetzen.